

Antrag 1

EINGEGANGEN  
18. SEP. 2017



# Steuerrecht reformieren. Bürger entlasten. Wohlstand mehren.

## Antrag

an den Kreisparteitag der CDU Nordfriesland am 04. Oktober 2017 in Bredstedt

Steuern sind die Haupteinnahmequelle eines modernen Staates. Sie sind das bedeutungsvollste Instrument zur Finanzierung des Staatswesens sowie auch anderer überstaatlicher Aufgaben beziehungsweise Institutionen. Dies macht sie zu einem unumgänglichen Teil unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens.

Allerdings ist auch festzustellen, dass die finanzielle Belastung in vielerlei Fällen enorm ist. Dazu kommt vor allem die unbestrittene Komplexität der deutschen Steuergesetzgebung. Das Steuerrecht ist für den normalen Bürger nicht verständlich und intransparent. Die Folge dessen ist ein dauerhafter Streit in Gesellschaft und Politik. Die Akzeptanz sinkt unaufhörlich und die Komplexität gerät zum Wachstumshemmer. Gerade kleine und mittlere Unternehmen stehen zunehmend vor Problemen.

Aus diesem Grund sind tiefgreifende Reformen in der deutschen Steuerlandschaft zwingend notwendig. Es gilt hierbei insbesondere, weniger Ausnahmefälle zu schaffen und somit die Gesetzgebung, gerade auch für einen Laien im Steuerrecht, transparenter und verständlicher zu machen.

Des Weiteren ist ein besonderes Augenmerk auf die Lohnsteuer zu legen, da sie zum einen mit 185 Milliarden Euro im Jahr 2016 die zweitgrößte Einnahmequelle des deutschen Staates<sup>1</sup> war und auch weiterhin ist sowie zum anderen mit einigen wenigen Änderungen enorme volkswirtschaftliche Effekte erzielt werden können.

Hierbei dürfen wir jedoch nicht die Menschen durch eine Neiddebatte gegeneinander ausspielen, sondern müssen sie mitnehmen. Es kommt auf sinnvolle Änderungen an, die Leistung fördern und Familien, gerade mit Kindern, finanziell entlasten.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Der Kreisparteitag der CDU Nordfriesland möge beschließen:

Die CDU Nordfriesland fordert:

- Eine grundlegende Reform des deutschen Steuerrechts, die zum Ziel hat, das das Steuersystem zu vereinfachen und verständlicher zu machen.

---

<sup>1</sup> Bundesministerium der Finanzen

- 35 • Ein mehrgliedriges Lohnsteuerstufensystem nach dem Vorbild von Friedrich Merz.
- 36 • Eine endgültige und effektive Abschaffung der kalten Progression, indem die
- 37 Geldwertentwicklung bei der Lohnsteuer berücksichtigt wird.
- 38 • Eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, um so gerade kleine und
- 39 mittlere Einkommen spürbar zu entlasten.
- 40 • Eine finanzielle Entlastung von Familien durch eine Erhöhung des Kinderfreibetrags und des
- 41 Betreuungsfreibetrags.
- 42 • Die CDU Nordfriesland lehnt eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab.

43

44 **Antragssteller:**

45

46 Junge Union Nordfriesland

Antrag 2

ERHALTEN  
18. SEP. 2017



1 **Wenn nur noch das Land seinen Nutzen sieht...**

2 **- Privateigentum darf nicht in die Pleite führen. Denkmalschutz reformieren.**

3  
4  
5 **Antrag**

6 **an den Kreisparteitag der CDU Nordfriesland am 04. Oktober in Bredstedt**

7  
8 Das deutsche Baurecht gehört zu den kompliziertesten der Welt. Das macht es jedoch nicht zum  
9 Besten. Im Zuge immer weiterer Auflagen zum Planungsrecht, Emissionsschutz, Klimaschutz, oder  
10 Denkmalschutz werden Bauprojekte in den allermeisten Fällen enorm ausgebremst, wenn nicht  
11 sogar verhindert. Das Baurecht ist ein Bürokratiemonster, das mit dem deutschen Steuerrecht  
12 gleichziehen kann.

13  
14 Vor diesem Hintergrund ist insbesondere der Denkmalschutz mehr Problem als Regulierungs- und  
15 Schutzmaßnahme geworden. Der Schutz umfasst inzwischen Bauwerke, deren kultureller Mehrwert  
16 für die Allgemeinheit sich den Bürgern nicht einmal bei großzügiger und fantasievoller Auslegung  
17 erschließt. Im kommunalen Bereich können sie sogar die gesamte Ortsentwicklung behindern.

18  
19 Die Verlagerung der Pflicht zur Anhörung bei der Unterschutzstellung von Bauwerken auf den  
20 Zeitpunkt nach der Festsetzung durch die Behörde lässt den Betroffenen im Ergebnis nur noch den  
21 Klageweg offen, weil die Behörde auf die Rechtmäßigkeit ihrer Akte beharren und die Anhörung nicht  
22 mit der notwendigen Ernsthaftigkeit durchführt. Die Ausnahme zur Heilung darf nicht zum Regelfall  
23 verkommen. Damit werden enteignungsgleiche Eingriffe zum alltäglichen Handwerk der Behörde.  
24 Sinn und Zweck des Denkmalschutzes sind völlig verfehlt.

25  
26 Mit dem zurückdrehen einzelner Kriterien ist dem nicht Abhilfe zu schaffen. Das  
27 Denkmalschutzgesetz muss in seiner Grundstruktur reformiert werden. Die Eingriffe in die  
28 Grundrechte der Bürger müssen, neben der kommunalen Ortsentwicklung, wieder eine  
29 angemessene Gewichtung erfahren.

30  
31 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

32  
33 **Der Kreisparteitag möge daher beschließen:**

34  
35 Die CDU Nordfriesland fordert:

- 36  
37 • Die CDU Nordfriesland macht sich für eine grundlegende Reform zur Deregulierung des  
38 schleswig-holsteinischen Denkmalschutzgesetzes stark.  
39 • Das Instrument der Anhörung Betroffener nach § 87 LVwG muss wieder vor der Entscheidung in  
40 § 8 III DSchG (Eintragung Denkmäler) Anwendung finden.

- 41 • Die Gewichtung des Schutzes von Eigentum und Handlungsfreiheit gegenüber des Schutzes von
- 42 Allgemeingut muss neu erfolgen. Die faktische Enteignung infolge der teils unzumutbaren
- 43 Einschränkungen muss erschwert werden.
- 44 • Die Kriterien zur Denkmalschutzwürdigkeit aus § 2 DSchG müssen bei Konkretisierung wesentlich
- 45 enger gefasst werden.
- 46 • Die Schleswig-Holsteinische Denkmalschutzbehörde darf nicht weiter freie Hand haben. Die
- 47 ministeriale Aufsicht muss künftige Auswüchse entschlossen verhindern.

48 **Antragsteller:**

49 *Junge Union Nordfriesland*

Antag 3



## Mobilität zukunftsfähig machen.

ERFASSUNG  
18. SEP. 2017

## Antrag

an den Kreisparteitag der CDU Nordfriesland am 04. Oktober 2017 in Mildstedt

Deutschland ist ein von der Mobilität geprägtes Land. Dies wurde nicht erst durch die Emotionalität deutlich mit der die Diskussion um den Diesel geführt wird, sondern wird auch Jahr für Jahr durch die Statistiken des Kraftfahrtbundesamtes bestätigt.

So waren Anfang 2017, allein in Deutschland, über 62 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen.<sup>1</sup> Doch nun wird von verschiedenen Seiten gefordert die mit Diesel betriebenen Kfz, die über 30% aller zugelassenen Fahrzeuge ausmachen<sup>2</sup>, aus den Innenstädten zu verbannen. Einige Gruppen gehen sogar so weit, ein schnelles Ende des Verbrennungsmotors in Deutschland zu fordern. Dabei wird allerdings nicht berücksichtigt, dass noch heute 98,4% aller Autos in Deutschland hauptsächlich von einem Verbrennungsmotor angetrieben werden<sup>3</sup>.

Daher kommt die Forderung nach einem zeitnahen Ende des Verbrenners einem Angriff auf die Mobilität aller Bundesbürger, insbesondere der Landbevölkerung, gleich. Die CDU lehnt daher ein grundsätzliches Verbot des Verbrennungsmotors strikt ab.

Nichtsdestotrotz hält auch die CDU Nordfriesland einen Strukturwandel für erforderlich. Die Diskussion über die Zukunft der Mobilität muss allerdings ideologiefrei und auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen geführt werden.

Zudem ist jede Entscheidung gründlich zu überdenken. Es dürfen nicht bloß die jeweils aktuell lautesten Meinungen bestimmen. Dafür ist die Zukunft unserer Mobilität zu wichtig für den Fortbestand unseres Wohlstandes.

Ein entscheidender Punkt beim Wandel unserer Verkehrskultur wird die Elektromobilität sein. Bloß wenn die Bundesrepublik es schafft, das E-Auto mittel- bis langfristig zu einem Hauptverkehrsmittel zu machen, kann dieser Strukturwandel von Erfolg gekrönt sein. Deshalb muss die Elektromobilität noch stärker finanziell gefördert werden. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur muss hierbei an erster Stelle stehen.

Weiterhin ist es erforderlich ein Anreizsystem für E-Autos zu entwickeln, um so dem Bürger den Erwerb eines Elektroautos noch attraktiver zu machen.

Neben der persönlichen Mobilität ist es allerdings ebenso nötig, dem bisher dürftig ausgebauten ÖPNV in den ländlichen Regionen die notwendige Beachtung zu schenken. Nur mit einer guten ÖPNV-Versorgung kann die Mobilität aller Nordfriesen ausreichend sichergestellt werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

36

37 <sup>1,2,3</sup> Kraftfahrtbundesamt

38 **Der Kreisparteitag der CDU Nordfriesland möge daher beschließen:**

39

40 Die CDU Nordfriesland fordert:

- 41 • Eine flächendeckende ÖPNV-Versorgung und die Taktung innerhalb der Fahrpläne  
42 wesentlich zu verdichten.
- 43 • Kleinteilige ÖPNV-Projekte wie z.B. Bürgerbusse zu forcieren. Dabei muss ein besonderes  
44 Augenmerk darauf liegen diese Angebote auch digital nutzbar zu machen.
- 45
- 46 • Den Test bzw. die Einführung eines veranstaltungsbezogenen Shuttlesystems, insbesondere  
47 für das Nachtleben Nordfrieslands.
- 48 • Die Diskussion über die Zukunft der Mobilität ideologiefrei und auf Basis von  
49 wissenschaftlichen Erkenntnissen zu führen. Hierbei muss die Politik allerdings auch  
50 weiterhin offen für andere Techniken (wie zum Beispiel Wasserstoff) sein.
- 51
- 52 • Wichtige Entscheidungen dürfen nicht durch die jeweils aktuelle Stimmung und  
53 Meinungsmache im Land geprägt sein, sondern müssen gut überdacht sein.
- 54 • Die finanzielle Förderung der Elektromobilität muss ausgebaut werden, dies gilt vorrangig für  
55 die flächendeckende Ladeinfrastruktur.
- 56
- 57 • Die Attraktivität der Elektromobilität muss gesteigert werden. Hierfür ist ein Anreizsystem zu  
58 entwickeln, dass z.B. eigene E-Auto Parkplätze inkl. Schnellladestationen an besonders  
59 geeigneten Standorten beinhalten soll.
- 60 • Wir befürworten die Weiterverwendung ausgemusterter Auto-Akkus als Zwischenspeicher  
61 für andere Projekte.
- 62
- 63 • Die Rohstoffe die in den Akkus verbaut sind, müssen vor der endgültigen Verschrottung  
64 recycelt werden.
- 65 • Die Energiegewinnung muss klimafreundlicher werden, deshalb müssen insbesondere  
66 regenerative Energien gefördert werden.
- 67
- 68 • Ein grundsätzliches Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir strikt ab.
- 69 • Die CDU Nordfriesland befürwortet die Nutzung von E-Autos im öffentlichen Dienst.

70

71 **Antragssteller:**

72 *Junge Union Nordfriesland*

# Antrag 4

Heidrun Will  
Dorfstraße 122  
25842 Langenhorn

EINGEGANGEN  
26. SEP. 2017

## Antrag an den CDU Kreisparteitag am 4. Oktober 2017

Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:

### Chancen des dualen Systems nutzen

Das duale Ausbildungssystem ist nur im deutschsprachigen Raum verbreitet. Aber auch bei uns ist das Wissen „Wie funktioniert unser Ausbildungssystem?“ lückenhaft. Dies führt zurzeit gerade bei den ehrenamtlichen Helfern im Bereich der Betreuung der Migranten zu Problemen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. einen Pakt mit allen Verantwortlichen im Bereich der beruflichen Ausbildung zu schließen, um den Flüchtlingen eine effektive Vermittlung von umfassenden Informationen vermitteln zu können:

Wie funktioniert die duale Ausbildung in Deutschland und welche Möglichkeiten habe ich jenseits der Hochschulen?

Dazu sind unbedingt die vorhandenen regionalen Institutionen miteinzubeziehen.

2. Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat dafür ein, ausbildungswilligen Migranten die Teilnahme am Einstiegs- und Qualifizierungsjahr (EQJ) über das 27. Lebensjahr hinaus zu ermöglichen.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Anlage 5

Heidrun Will  
Dorfstraße 122  
25842 Langenhorn

EINGEGANGEN

27. SEP. 2017

Antrag an den CDU Kreisparteitag am 4. Oktober 2017

Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:

Sicherheit wirksam erhöhen

Der deutsche Rechtsstaat ist ein hohes Gut und eine unverzichtbare Voraussetzung, um allen Menschen in unserem Land ein Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit zu ermöglichen.

Eine Ausstattung aller Polizeibeamter mit Kriegswaffen, bspw. dem Sturmgewehr G36, widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen, gefährdet Unschuldige und sendet das falsche Signal, Deutschland könne vor bürgerkriegsartigen Unruhen stehen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. die Justizdienste einschließlich der Polizei personell und materiell so auszustatten, dass die Beamten die Aufgaben der Prävention, der Verbrechensaufklärung und der Aburteilung überführter Straftäter wirksam wahrnehmen können;
2. Kriegswaffen einschließlich des Sturmgewehrs G36 bei entsprechend besonders geschulten und geführten Polizeieinheiten zentral vorzuhalten, die in besonderen Notlagen die lokalen und regionalen Polizeikräfte mit ihren speziellen Fähigkeiten verstärken, ohne Unschuldige zu gefährden;
3. mit Wort und Tat überzeugend deutlich zu machen, dass rechtsstaatliche Grundsätze einschließlich des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit verteidigt werden, man in Deutschland in Freiheit, Würde und Sicherheit leben kann und Versuchen, Emotionen zu schüren und Angst zu verbreiten, energisch entgegengetreten wird.

# Antrag 6

Frauen Union Nordfriesland

EINGETRAGEN

26. SEP. 2017



**Frauen Union**

## „Schulklassen auf dem Bauernhof“

### Antrag:

Jede Schülerin und jeder Schüler soll mindestens einmal in der Grundschulzeit einen Bauernhof besuchen. Diese Forderung soll als Bildungsauftrag in den Bildungskatalog Schleswig-Holstein mit aufgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Kooperationsverträge mit landwirtschaftlichen Betrieben geschlossen werden.

### Begründung:

Am 01. Juli 2016 war der Start für das gemeinsam erklärte Ziel "Jede Schülerin und jeder Schüler soll mindestens einmal in der Grundschulzeit einen Bauernhof besuchen" von der Landesregierung und dem Bauernverband Schleswig-Holstein in einem öffentlichen Pressetermin.

Nach Rückfrage beim Bauernverband, blieb es jedoch bei der öffentlichen Erklärung seitens der Regierung und es wurde kein Erlass geschrieben. Der Bauernverband hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, jedoch gab es keine Reaktion noch weitere Aktionen dazu.

Ich selber bin aktive und selbständige Agrarbetriebswirtin. Im letzten Jahr habe ich mich zur Bauernhofpädagogin weitergebildet. Man fordert von uns Landwirten ein, dass wir mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten. Sehr gerne, aber dann auch bitte mit politischer Unterstützung. Jeder Lehrer, der die Kinder auf den Bauernhöfen begleitet, erhält seinen Lohn, Überstunden usw. Wir Landwirte übernehmen in dem Moment, in dem die Schüler unseren Hof betreten, die Verantwortung für die Vermittlung unseres Fachwissens und damit den pädagogischen Auftrag. Bildungsziel ist, den Kindern Verständnis für Natur und Umwelt oder Erhaltung der Lebensgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen zu vermitteln.

Diese Dienstleistung sollte angemessen entlohnt werden. Über die Höhe und die Abrechnungsform ist mit den Betroffenen zu verhandeln. Die Schule oder der Landwirt könnten z. B. direkt über das Bildungsministerium abrechnen. Kooperationen mit Ehemaligen Vereinen von Landwirten, Banken und anderen sind dabei denkbar, die auch heute zum Teil die Buskosten übernehmen.

**Bärbel Feddersen**

-Kreisvorsitzende der Frauen Union Nordfriesland-

Husum, den 25. 09. 2017

**Frauen Union  
Kreisverband Nordfriesland**

Hinrich-Fehrs-Str. 2  
25813 Husum  
Telefon 0 48 41-90 55 3-0  
Telefax 0 48 41- 90 55 3-29

**CDU**